



SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT
CONFÉDÉRATION SUISSE
CONFEDERAZIONE SVIZZERA
CONFEDERAZIUN SVIZRA

Nr. 4
Dezember 2005

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Migration BFM

Integration

Bundesamt für Migration - BFM

Informationsbulletin des Bundesamtes für Migration
in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz
der kommunalen, regionalen und kantonalen
Integrationsdelegierten.

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Bundesamt für Migration BFM

Verordnung über die Gebühren zum Bürgerrechtsgesetz (GebV-Büg)

Inkraftsetzung der revidierten GebV-Büg am 1. Januar 2006

Der Bundesrat hat am 24. November 2005 die neue Verordnung über die Gebühren zum Bürgerrechtsgesetz verabschiedet. Ab dem 1. Januar 2006 gilt im Bereich der Einbürgerungen eine neue Gebührenregelung. Neu dürfen die Kantone und Gemeinden für ordentliche Einbürgerungen nur noch kostendeckende Gebühren erheben.

Erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehepartnerinnen und Ehepartner von Schweizerinnen und Schweizern, welche durch den Bund erfolgen, werden hingegen teurer und kosten bei Wohnsitz in der Schweiz neu 750 Franken.

Verordnungsänderung

www.bfm.admin.ch/fileadmin/user_upload/Themen_deutsch/Auslaender/Einb_rgerung/verordnung_g_bg_d.pdf

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Entscheide des Beschwerdedienstes EJPD zur Zulassung von Arbeitspersonal im Centre Islamique de Genève (CIG)

Das CIG beantragte im Jahre 2003 die Erteilung einer Arbeitsbewilligung für X. als religiöse Betreuungsperson (Imam) und für Y. als Verwaltungsangestellten und seelsorgerische Hilfskraft. Während der Kanton Genf diesem Antrag in einem Vorentscheid stattgab, verweigerte IMES (heute BFM) im April 2004 die Arbeitsbewilligung für X. und Y. Der darauf angerufene Beschwerdedienst EJPD stützte am 5. Oktober 2005 den ablehnenden Entscheid des BFM. Das CIG ist durch Äusserungen seines Leiters Hani Ramadan, eines Schweizer Staatsbürgers, in einer weiteren Öffentlichkeit sehr umstritten. Ramadan hatte in seiner Funktion als Leiter des CIG in der französischen Zeitung „Le Monde“ am 10. September 2002 einen Artikel veröffentlichen lassen, in dem er die Steinigung von Frauen als zweckmässige Strafe beschreibt und darin auch eine Form der Reinigung erkennt. Im selben Artikel wird eine Parallele zwischen

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

der AIDS-Erkrankung und der Steinigung gezogen und AIDS als eine Strafe Gottes bezeichnet. Diese in der Funktion der Leitung des CIG gemachten Aussagen wurden weder von Ramadan selber noch vom CIG je zurückgenommen.

Der Beschwerdedienst EJPD hat diesen konkreten Umständen eine grosse Bedeutung zugemessen. Der Entscheid dürfte Signalwirkung haben, da er Grundsatzertwägungen enthält. Der Beschwerdedienst argumentiert folgendermassen:

Gestützt auf Berichte des Fedpol und des Bundesrates besteht ein Risiko, dass sich Teile der islamischen Bevölkerung in der Schweiz durch religiöse Predigten von islamischen Bewegungen, die eine Integration von Muslimen in die europäische Gesellschaft ablehnen, radikalieren können. Dadurch kann die innere Sicherheit der Schweiz gefährdet werden. Bei der Zulassung von religiösen Betreuungspersonen muss sichergestellt sein, dass diese in ihren Tätigkeiten die rechtsstaatliche Ordnung, die demokratischen Prinzipien sowie die Grundsätze der Integration respektieren. Bestehen Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Grundwerte unseres Rechtsstaates durch die Gesuchsteller oder die verantwortliche Religionsgemeinschaft, müssen Gesuche um Arbeitsbewilligungen verweigert werden.

Die Zulassungsbestimmungen werden im vorliegenden Fall als nicht erfüllt erachtet, weil die öffentlichen Aussagen des Leiters auf einen massgeblichen Einfluss auf das Personal schliessen lassen und somit nicht garantiert ist, dass sich X. den Grundsätzen der Integration unterordnen kann.

Eine Arbeitsbewilligung wird in Zukunft davon abhängen, ob das CIG von den Äusserungen seines Leiters Abstand nehmen und sich für die Respektierung der rechtsstaatlichen Grundwerte einsetzen wird und ob die Wahl der zukünftigen Imame transparent verläuft und dem wahren Willen der Vereinigung entspricht.

Im Falle von Y. stellt der Beschwerdedienst EJPD das Fehlen von arbeitsmarktlichen Zulassungsbedingungen fest: Als Verwaltungsangestellter hätte Y. das Kriterium einer hoch qualifizierten Arbeitskraft, die fachspezifische Kenntnisse benötigt, nicht erfüllt. Zudem wurde dem Inländervorrang nicht Rechnung getragen: Es ist möglich, im EU-/EFTA-Raum Personen zu finden, die dem gewünschten Profil entsprechen.

Der Entscheid im Falle von X. kann nicht angefochten werden. Es kommt ihm Präzedenzwirkung zu, da der Bund erstmals die Einreise eines islamischen Geistlichen aus integrationspolitischen Gründen verweigert.

Bundesamt für Gesundheit BAG

Dossier Migration und Gesundheit

Migration und Gesundheit 2002 - 2007

Das Dossier Migration und Gesundheit dient als Nachschlagewerk im Umgang mit Fragestellungen aus dem Themenbereich „Migration und Gesundheit“. Es dokumentiert die Umsetzung der Bundesstrategie Migration und Gesundheit 2002-2007. Die Zielsetzungen und Leistungen der einzelnen Projekte wurden von den beauftragten Organisationen beschrieben. Das Nachschlagewerk zeigt auf, was das BAG gemeinsam mit den involvierten Partnerorganisationen erarbeitet. Das vielfältige Wissen und Können der involvierten Organisationen und Stellen garantieren die optimale Einsetzung der anvertrauten Mittel.

Dossier Migration und Gesundheit

www.suchtundaids.bag.admin.ch/themen/migration/index.html

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Eidgenössische Ausländerkommission EKA

Institutionen öffnen

Die Jahrestagung der EKA im November 2005 war dem Thema „Öffnung der Institutionen“ gewidmet. Rund 180 Personen liessen sich in verschiedenen Präsentationen darüber informieren, wie sich die öffentliche Verwaltung und Institutionen der Zivilgesellschaft öffnen können und damit mehr Chancengleichheit ermöglichen.

Ebenfalls an der Tagung war der Film „Vielfalt gestalten“ zu sehen, welcher von der EKA in Auftrag gegeben worden war. Er zeigt anhand von vier Beispielen, wie solche Öffnung konkret verwirklicht werden kann. Eine DVD mit dem Film kann bei der EKA bestellt werden.

Empfehlungen der EKA zum Thema „Öffnung der Institutionen“

Die Empfehlungen der EKA verstehen sich als politische Agenda: den Zugang zu Stellen und Positionen verbessern, die Ausrichtung von Dienstleistungen auf die gesamte Bevölkerung ausdehnen, Öffnungsprozesse sichtbar machen. Diese Empfehlungen betreffen öffentliche Verwaltungen und Institutionen, die Dienstleistungen im Auftrag des Staates erbringen. Öffnung ist hier ein Anliegen, welches auf konkreten rechtlichen Rahmenbedingungen basiert. Die Empfehlung „Öffnung als Erfolgsrezept für Vereine und Verbände nutzen“ richtet sich an zivilgesellschaftliche Institutionen. Öffnungsprozesse können hier nicht gefordert, wohl aber gefördert werden.

Empfehlungen

www.eka-cfe.ch/d/Doku/empfehlungen05.pdf

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Studie Muslime in der Schweiz

Die neueste Studie, welche im Rahmen der Materialien zur Integrationspolitik von der EKA publiziert worden ist, vermittelt ein realitätsnahes Bild des Islam, wie er in der Schweiz gelebt wird. So gibt es weder *den* Islam noch *den* Muslim oder *die* islamische Religionsgemeinschaft. Vielmehr wird es in Zukunft darum gehen, die Zugehörigkeit zum Islam lediglich als einen Aspekt im Leben eines Einzelnen zu sehen, der je nach individueller Interpretation einen eher bestimmenden oder eher untergeordneten Stellenwert einnehmen kann.

Studie

www.eka-cfe.ch - Rubrik Publikationen

Die Studie kann auch in Papierform bestellt werden.

Schweizer Integrationspreis

Der erste Schweizer Integrationspreis konnte am 26. November in Solothurn verliehen werden. Aus den 157 Bewerbungen hatte die Jury 3 Preisträger ausgelesen:

- Mentoring für Jugendliche Baden; Seniorenrat Baden, Integrations- und Berufsfindungsklasse IBK, Fachstelle Integration der Stadt Baden
- QUIMS, Qualität in multikulturellen Schulen, Bildungsdirektion des Kantons Zürich
- „Il Ponte“; Sendung von TeleTicino für Migrantinnen und Migranten

Mit einer "Speziellen Erwähnung" bedacht wurden:

- global kids; gleichnamiges Buch, Ausstellungen, Veranstaltungen (Eva Burkard und Genny Russo)
- FemmesTische mit Migrantinnen; Elternbildung am Stubentisch (Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland)
- TV Bourdo-Net; Partizipationsprojekt im Stadtteil Bourdonnette, Lausanne

www.prix-integration.ch

Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB

Finanzhilfen für Projekte gegen Rassismus: Was ist neu ab 2006?

Der Fonds Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte hatte eine beschränkte Laufzeit von 5 Jahren (2001 - 2005).

Aufgrund der Evaluation hat der Bundesrat die Fachstelle für Rassismusbekämpfung beauftragt, jährlich Projekte Dritter finanziell zu unterstützen.

Künftig wird daher nicht mehr vom Fonds Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte gesprochen, sondern von Finanzhilfen für Projekte gegen Rassismus.

Bedingungen

Projekte haben grundsätzlich folgenden Bedingungen zu entsprechen:

- Ausdrückliche Auseinandersetzung mit Rassismus.
- Keine Unterstützung von Strukturen.
- Jährlich wiederkehrende Projekte werden maximal 2 - 3 Mal unterstützt.

Grundsätzliches

- Der maximal ausgeschüttete Beitrag beträgt Fr. 30'000.-- pro Projekt.
- Subventionen betragen nicht weniger als 10% und maximal 50% des Gesamtbudgets.
- Der Anteil der Eigenleistung hat mindestens 25% des Budgets zu betragen.
- Nach Möglichkeit sind weitere Finanzierungen vorzuweisen.

Kleinprojekte

- Projekte, die ein Gesamtbudget von maximal Fr. 10'000.-- aufweisen.
- Der maximal ausgeschüttete Beitrag beträgt Fr. 5'000.--.
- Kleinprojekte können weiterhin das ganze Jahr eingegeben werden.

Inhalt

Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Eingabetermine

Sowohl für Schulprojekte als auch für allgemeine Projekte:

- 15. März (Behandlung bis Juni)
- 15. September (Behandlung bis November)

Neue Eingabeformulare

- www.edi.admin.ch/ara

Neue Publikationen der FRB

Die Publikationen “Was tun gegen Rassismus? - Erfahrungen und Empfehlungen für Projekte” und “Wie sagen wir es den Medien?” sind zwei konkrete Hilfsmittel, um Projekte in diesem Bereich zu entwickeln und bekannt zu machen.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung, Generalsekretariat - Eidg. Departement des Innern, Inselgasse 1, 3003 Bern, 031 324 10 33, ara@gs-edi.admin.ch, www.edi.admin.ch/ara

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Kanton Aargau

Matinée zum Thema „Migration“

Am 13. November 2005 hat der Verband aargauischer Psychologinnen und Psychologen (VAPAG) in Aarau eine Sonntagsmatinée zum Thema „Migration: Prozess der Integration, transkulturelle Psychotherapie, Intervention und Kultursensitivität“ organisiert. Kompetente Fachinputs erforschten migrationsspezifische gesundheitlich-psychologische Fragen anhand von konkreten Fallbeispielen. Die anschliessende Podiumsdiskussion ging hauptsächlich der Frage nach, welche unterstützenden Massnahmen Zugewanderten bei der Integration helfen können.

Ursula Schwager, Präsidentin VAPAG, Dörrmattweg 3d, 5070 Frick, 062 871 57 01,
www.vapag.ch

„Rencontres“

In den Aargauer Orten Oberrohrdorf und Gränichen fanden im Oktober und November 2005 zwei „Rencontres“ statt. Darunter sind multimediale Wanderausstellungen zu verstehen, welche vom FIMM bisher im Tessin und in der Deutschschweiz in Zusammenarbeit mit lokalen Organisationskomitees lanciert wurden. Das grosse Interesse an der Ausstellung und an den Begleitveranstaltungen (Konzerte, Theateraufführungen, Lesungen, Podiumsdiskussionen, Schulbesuche u.a.) zeigt, dass solche Begegnungsplattformen Integrationshürden abbauen und neue Chancen zu einem respektvollen Zusammenleben bieten können.

Das FIMM plant, „Rencontres“ nun auch in die Romandie zu bringen, und ist dabei, ein Folgeprojekt für die Deutschschweiz zu entwickeln.

Natalie Amman, Projektleiterin „Rencontres“, FIMM Schweiz, Speichergasse 39, 3011 Bern, 031 328 98 98, www.fimm.ch

Kanton Basel-Stadt

Regionale Öffentlichkeitskampagne „Aller Anfang ist Begegnung“
der Kantone AG, BL, BS und SO



«Es ist wichtiger,
dass einer krampfen
kann, als woher
er kommt.»

Walter K. aus Grenchen, Maurer



ALLER ANFANG IST BEGEGNUNG.

Eine gemeinsame Kampagne der Kantone AG, BL, BS und SO und des Bundes zur
Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft. www.migration.bl.bs.ch

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Mit dem Start der Informationskampagne „Aller Anfang ist Begegnung“ stehen erstmals vier Kantone - Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn - gemeinsam hinter der Integrationspolitik. Damit wird die Regionalisierung der Integrationspolitik konkret und erhält durch die Unterstützung des Bundes (EKA) auch jenes Gewicht, das der Bedeutung der Thematik entspricht. Interesse angemeldet haben zudem die beiden Kantone Bern und Jura. Mit der bisherigen Kampagne „Tatsachen gegen Vorurteile“ (2000 - 2004) wurden insbesondere die Zielgruppen der politisch und allgemein Interessierten angesprochen. Die neue Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» setzt die Schwelle etwas tiefer und will auch die skeptischen und wenig informierten Kreise sowie Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, aber auch „Kurz- und Schnelllesende“ erreichen.

Umgesetzt wird die Kampagne von der Agentur cR Basel mittels einer breiten Inseratenkampagne vorwiegend in den grossen Gratiszeitungen sowie den Regional-, Lokal- und Quartierblättern. Der Slogan „Aller Anfang ist Begegnung“ bildet die Grundlage für eine flexible Kampagnenplattform, die von allen vier Kantonen sowohl gemeinsam genutzt als auch spezifisch an kantonale und lokale Bedürfnisse angepasst werden kann. Es wird aufgezeigt, wie selbstverständlich die Integration im Alltag überall dort erlebt wird, wo Menschen sich begegnen. Mit lokalen Veranstaltungshinweisen können gleichzeitig aktuelle Möglichkeiten für eine interkulturelle Begegnung präsentiert werden.

www.migration.bl.bs.ch

Kantonale Integrationsstelle „Integration Basel“, Anlaufstelle Rassistische Diskriminierung, Sicherheitsdepartement (SiD), Spiegelgasse 6-12, 4001 Basel, www.welcome-to-basel.bs.ch

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Kanton Bern

Externe Evaluation der ersten Phase der Fachstelle Integration

Im Regierungsratsbeschluss über die erste Etappe zur Realisierung einer kantonalen Fachstelle wurde eine externe Evaluation als Grundlage für den Entscheid über die Weiterführung beschlossen. Im Schlussbericht per Ende September 2005 kommen die externen Evaluatoren zu folgenden Schlüssen:

Die Fachstelle hat in der vertikalen Koordination (Bund, Städte und Gemeinden) nachweislich und anerkanntermassen einen Nutzen für den Kanton erzielt. Die Fachstelle stellte den Kontakt zu den relevanten Bundesstellen her und setzte sich erfolgreich für die Anliegen des Kantons und der Regionen ein. Es ist ihr gelungen, die Angebote im Kanton zu koordinieren (v. a. bei den Vermittlungsstellen für interkulturelle Übersetzungen). Die Fachstelle hat mit den kantonalen Integrationskonferenzen einen Prozess bei den Gemeinden ausgelöst.

In der horizontalen Koordination, der Querschnittfunktion für die Koordination der direktionsübergreifenden Dossiers und die Koordination der Angebote des Kantons, hat die Fachstelle hingegen noch nicht die gewünschten Akzente setzen können.

Die Evaluatoren empfehlen aufgrund des bisherigen Erfolgsausweises in der vertikalen Koordination und den zukünftigen Herausforderungen an den Kanton eine dauerhafte Einrichtung der Fachstelle Integration.

Roland Beerli, Fachstelle Integration, Rathausgasse 1, 3011 Bern, 031 633 78 40,
roland.beeri@gef.be.ch

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Kanton Genf

Statistische Daten über die Ausländerinnen und Ausländer

Wie kann man in Unkenntnis der statistischen Grundlagen betreffend die angesprochene Bevölkerung eine Integrationspolitik betreiben? Wie in einer Gemeinde Ziele und Aktionen zur Beantwortung von Fragen in den Bereichen Demographie, Wohnen, Beschäftigung usw. definieren, wenn die entsprechende Information fehlt?

Vor allem solche Fragen haben den Integrationsdelegierten veranlasst, das kantonale Amt für Statistik (Office cantonal de la statistique, OCSTAT) mit der Ausarbeitung eines leistungsfähigen Instrumentes zu beauftragen: Es geht um eine statistische Grundlage über die ausländische Wohnbevölkerung von Stadt und Kanton Genf.

Zweifellos werden diese wertvollen Daten dem Integrationsbüro sowie auch zahlreichen betroffenen lokalen Akteuren zu einem weiteren und offeneren Blick auf eine letztlich ungenügend bekannte, weil in voller Entwicklung begriffene Situation verhelfen und der Zielvorstellung gemäss dazu führen, dass wir unsere Verantwortlichkeit hinsichtlich der Integration der ausländischen Bevölkerung besser wahrnehmen und dass betreffs Integration ein objektiverer Reflexions- und Analyseprozess in Gang kommt, der angemessene Handlungsräume eröffnet.

Diese Analyse über die Situation der auf Genfer Gebiet wohnhaften ausländischen Bevölkerung erstreckt sich auf sämtliche Gemeinden sowie auch auf die Stadt Genf, wobei die letztere nach Quartieren erfasst wird. Der Approach erfolgt unter einer doppelten Sichtweise: Die erste vermittelt ein Gesamtbild der ausländischen Wohnbevölkerung, die zweite ein Bild der im Kanton (im weiten Sinne) am stärksten vertretenen Ausländergemeinschaften. Die statistische Auswertung berücksichtigt sowohl die Domizilierung der Ausländer/innen nach Gemeinden als auch Kriterien wie Rechtsstellung, Aufenthaltsdauer, Alter, Sprache, Religionszugehörigkeit und Bildungsstand.

Bureau de l'intégration des étrangers (BIE), Département de l'intérieur, de l'agriculture et de l'environnement (DIAE), Quai du Rhône 12, 1211 Genève 8,
http://etat.geneve.ch/diae/site/presidence-secretariat/integration/master-content.jsp?componentId=kmelia120&pubId=6175&valueId_actualites=13

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Kanton Neuenburg

Realisierung eines Verbandsprojekts: zwei Weiterbildungsmodul für Migranten- und interkulturelle Vereinigungen

Das Büro des Integrationsdelegierten hat in diesem Herbst wiederum, zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren, zwei Weiterbildungsmodul organisiert, die den Migranten- und den interkulturellen Vereinigungen des Kantons Neuenburg kostenlos angeboten werden.

Jedes Modul findet an drei Abenden statt und setzt sich aus einem theoretischen und einem praktischen Teil (Gruppenarbeiten) zusammen. Das erste Modul trägt den Titel „ein Integrationsprojekt realisieren“ und subsumiert die folgenden Stichworte:

- Definition, Ausarbeitung und Realisierung eines Projekts
- Verfassen von Unterstützungsgesuchen und Erstellen eines Budgets
- Bundesprogramme und weitere Geldgeber für Integrationsprojekte

Das zweite Modul mit dem Titel “Schaffung, Leben und Aufgabe einer Migranten- oder interkulturellen Vereinigung” befasst sich mit den folgenden Themen:

- verbandsrechtliche Fragen
- Gewerbescheine und Bewilligungen
- Verbandsdynamik und Stufen der Beteiligung

Der Erfolg dieser Weiterbildungsveranstaltungen ist unbestritten, haben doch seit Jahresanfang 2004 ca. 80 Personen davon profitiert. Die Anlässe fördern die Zusammenarbeit mit den Ausländervereinigungen und ermuntern zur Verwirklichung vielfältiger Aktionen im Integrationsbereich.

Bureau du délégué aux étrangers, Av. Léopold-Robert 90, 2300 La Chaux-de-Fonds,
032 889 74 42, bcde.cf@ne.ch, www.ne.ch/migrationsetintegration

Kanton Solothurn

Neu zusammengesetzte Integrationskommission

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn hat die Aufgaben der nunmehr erweiterten Fachkommission Integration neu geregelt.

In der Fachkommission sind die Kantonsratsfraktionen, die Einwohner- und Bürgergemeinden, die interkonfessionelle Konferenz, der Industrieverband, die MigrantInnen sowie Migrationsfachleute vertreten. Mit beratender Stimme dabei ist eine interdepartementale Kontaktgruppe. Darin vertreten sind das Amt für öffentliche Sicherheit, das Departement für Bildung und Kultur, das Amt für Wirtschaft und Arbeit, die Polizei des Kantons Solothurn, das Gesundheitsamt sowie das Amt für Gemeinden.

Als erstes Teilziel wird angestrebt, dass viel mehr Mütter kombinierte Deutsch- und Integrationskurse besuchen. In praxisorientierten Kursen sollen Mütter im Deutschunterricht lernen, Alltagsprobleme zu lösen.

Weiteres Ziel ist der Zusammenschluss der Migrantinnen und Migranten zu einem Dachverband. Darin sollen Schlüsselpersonen und Ausländerorganisationen vertreten sein.

Albert Weibel, Integrationsdelegierter des Kantons Solothurn, Amt für soziale Sicherheit, Ambassadorshof, 4509 Solothurn, 032 627 23 11, albert.weibel@ddi.so.ch

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Kanton St. Gallen

Wanderausstellung „Gehen ist Ankommen“ - 40 Jahre Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen ARGE

Die Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen ARGE, die für das Kompetenzzentrum Integration mit seinen Regionalstellen im Kanton St. Gallen verantwortlich zeichnet, feiert dieses Jahr ihr vierzigjähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass realisierte die ARGE die Wanderausstellung „Gehen ist Ankommen“.

Die Ausstellung porträtiert in Bild und Text acht Migrantinnen und Migranten, die im St. Galler Land Arbeit, Auskommen und eine Zukunft für sich und ihre Familien gefunden haben: von Candida Angela Barnetta-Baldassari, der Grossmutter des Schweizer Internationalen Tranquillo Barnetta, über die stellvertretende Chefkassiererin Vitoria Gomez zum Wiler Stadtparlamentarier Nurettin Acar. Ergänzend kommen auch vier professionelle Integrationsfördererinnen und -förderer zu Wort.

Die Ausstellung ist als Plakatausstellung konzipiert, wird gegenwärtig an verschiedenen Orten im Kanton im öffentlichen Raum gezeigt und jeweils von einem Rahmenprogramm begleitet.

[Ausstellung](#)
www.enzian.ch, Rubrik arge-jubiläum

Koordinationsstelle für Integration, Departement des Innern, Regierungsgebäude,
9001 St. Gallen, www.enzian.ch

Kanton Tessin

Präsentation der neuen interkulturellen elektronischen Zeitschrift „bazarmagazine.ch“

Am Donnerstag, dem 20. Oktober 2005, wurde im Saal des Grossrates in Bellinzona die neue interkulturelle elektronische Zeitschrift "bazarmagazine.ch" vorgestellt. An der Präsentation beteiligten sich Goffredo Fofi, Leiter der Zeitschrift "Lo straniero", Christian Marazzi, Professor an der Supsi, und Claudio Micheloni, Generalsekretär der FIMM. Das Projekt konnte dank der Unterstützung durch das Dipartimento delle Istituzioni, die Kommission für Integration und Rassismusbekämpfung und die Gemeinde Chiasso verwirklicht werden.

Nicht einfach imitieren, sondern etwas Neues zu finden, betreffe dies nun Themen, Sprache oder Grafik – dies war eine der Hauptabsichten unserer Zeitschrift, die per se eine Vision der Interkulturalität schaffen will, eine Weltsicht, welche andere mit einschliesst – vielleicht ist diese Integration verschieden artikulierter Realitäten geradezu die Signatur unserer Zeit. Der Beitrag, den dieses Projekt realisieren möchte, besteht darin, von unten her die Schaffung einer für Dialog und Begegnung offenen Gemeinschaft zu ermöglichen - einer Gemeinschaft, die vom Wunsch gegenseitigen Kennenlernens getragen ist.

Die Zeitschrift setzt sich namentlich die folgenden Ziele: mit dem Thema befasste Personen zu sensibilisieren, präventiv gegen die Ausbreitung gefährlicher Trends betreffend Intoleranz und Vorurteile vorzugehen, einen Dialog unter den Betroffenen in Gang zu setzen, der Individualität einen Raum zu eröffnen und der Hoffnung eine Basis zu schaffen, zu einer objektiven Vision unserer Lebenswelt zu gelangen und dieselbe darzustellen (Institutionen, soziale Fragen, Politik, Wirtschaft) sowie auch unter den verschiedenen Mitspielern eine Debatte anzuregen.

"bazarmagazine.ch" fasst nicht nur das Tessin in den Blick, sondern möchte sich auf die Schweiz und darüber hinaus auf die Welt hin öffnen. Daher laden wir Sie ein, sich am Dialog zu beteiligen, Artikel einzusenden (notwendige Übersetzung werden von uns übernommen) und Ihre eigenen Gedanken beizusteuern.

Ermete Gauro, Delegato all'integrazione e alla lotta contro il razzismo, via Cancelliere Molo 9, 6500 Bellinzona, 091 814 32 01, ermete.gauro@ti.ch, www.barmagazine.ch

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Kanton Waadt

Entwurf für ein Integrationsgesetz

Nach Abschluss des entsprechenden Vernehmlassungsverfahrens hat der Regierungsrat den Entwurf für ein Integrationsgesetz an den Grossen Rat überwiesen. Dieses Gesetz soll die Integration der Ausländerinnen und Ausländer, die Prävention jeglicher Form von Rassismus sowie das harmonische Zusammenleben und das gegenseitige Verständnis zwischen schweizerischer und ausländischer Wohnbevölkerung fördern. Der Gesetzesentwurf hält fest, dass sämtliche mit der Integration und der Rassismusprävention betrauten Staatsdienste in diese Querschnittsaufgabe einzubinden sind. Die Kohärenz des staatlichen Handelns muss von den folgenden politischen Instanzen gewährleistet werden:

- vom Regierungsrat, der die Richtlinien festlegt und die Prioritäten bestimmt;
- vom kantonalen Koordinator für Integration und Rassismusprävention, der beauftragt ist, die Umsetzung der vom Regierungsrat bestimmten diesbezüglichen Massnahmen zu überwachen;
- von der Kantonalen Konsultativkammer der Immigrationsbevölkerung (Chambre cantonale consultative des immigrés), welche den Regierungsrat und den Koordinator unterstützt und als Plattform für den Meinungsaustausch zwischen ausländischen Personen und Behörden fungiert.

Christian Raetz, Coordinateur en matière d'intégration des étrangers et de prévention du racisme, Service de la population, Av. de Beaulieu 19, 1014 Lausanne, 021 316 40 16, christian.raetz@spop.vd.ch, www.dire.vd.ch/integration

Kanton Zürich

Integrationskurse für fremdsprachige Jugendliche

Ein Ja zu den Integrationskursen (Abstimmung vom 26./27. November 2005)

Um die Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren besser integrieren zu können, bieten Berufsschulen im Kanton Zürich einjährige Integrationskurse an. In diesen Kursen lernen Jugendliche die Grundlage der deutschen Sprache, die kulturellen Besonderheiten und die Arbeitswelt im Kanton Zürich kennen. Der Kanton übernimmt bis 2008 weiterhin 50 % der Kurskosten.

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Stadt Bern

Überbetriebliche Ausbildung für Kleinkind-Erzieherinnen und -Erzieher der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern BFF: Umgang mit Vielfalt

In Kindertagesstätten kommen hier Zugewanderte zum ersten Mal in Kontakt mit einer öffentlichen Institution, welche Kinder ausserhalb der Familie betreut und fördert. Für viele Kindertagesstätten gehört die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zum Alltag. Das Thema ist jedoch nur marginal in der regulären Ausbildung enthalten. Der Schweizerische Krippenverband hat daher seit Herbst 2005 ein überbetriebliches Modul „Umgang mit Vielfalt“ in die Ausbildung eingebaut. Mit dessen Ausarbeitung für die Stadt Bern beauftragte das Jugendamt die Koordinationsstelle für Integration und zwei weitere Fachpersonen. Zur Sprache kommen darin soziokulturelle und sprachliche Aspekte, theoretische und psychosoziale Hintergründe von Migrations- und Integrationsprozessen sowie die Elternarbeit, um nur die wichtigsten Themen zu nennen.

Im Oktober dieses Jahres nutzten 84 Kleinkind-Erzieherinnen und -Erzieher das einwöchige Angebot, das in Zukunft fester Bestandteil der Ausbildung sein soll.

Koordinationsstelle für Integration, Direktion für Bildung, Soziales und Sport,
Effingerstrasse 21, 3001 Bern, 031 321 69 63, www.integration.bern.ch

Stadt Biel

Projekt Integration um ein Jahr verlängert

Der Gemeinderat der Stadt Biel hat am 1.9.2005 beschlossen, das Pilotprojekt "Integration" um ein Jahr zu verlängern.

Die Strukturen der Stelle sollten grundlegend geprüft und geklärt werden. Auftrag und genauer Inhalt des Projektes per 2006 sind noch zu definieren. Der Entscheid sollte Ende November 2005 vorliegen.

Bettina Bergner, Projekt Integration, Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion,
Zentralstrasse 62, 2501 Biel

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Stadt Luzern

„Ich bürgere mich ein“ Begleitkurs im Einbürgerungsprozess

„Ich bürgere mich ein“ - Begleitkurs im Einbürgerungsprozess ist ein neues Angebot der Stadt Luzern. In Zusammenarbeit mit der Caritas Luzern werden in einer Pilotphase von November 2005 bis Februar 2006 drei Kurse zu je 3 x 2,5 Stunden angeboten.

Der Begleitkurs richtet sich gezielt an diejenigen Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner, welche den Schweizer Pass beantragt, die Regelschulzeit nicht in der Schweiz besucht haben und im Laufe des kommenden Jahres das entscheidende Gespräch vor der Bürgerrechtskommission absolvieren werden. Der Kursbesuch ist freiwillig, wird aber sehr empfohlen. Da das Angebot auf grosses Interesse gestossen ist, werden bereits in der ersten Durchführung zwei Parallelkurse geführt.

Sibylle Stolz, Stadt Luzern, Integrationsbeauftragte, Hirschengraben 17, 6002 Luzern,
041 208 87 11, sibylle.stolz@stadtluzern.ch, www.stadtluzern.ch/integration

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Stadt Thun

Aktuelles

Internet

Link „Integration“ auf der Website der Stadt Thun aufgeschaltet.

Integrationsleitbild verabschiedet

Der Thuner Stadtrat hat am 3.11.2005 das Integrationsleitbild einstimmig gebilligt.

Integrationsangebote in der Region Thun

Dokumappe mit einer Zusammenstellung der Angebote, Weiterbildung und Beratung im Integrationsbereich erschienen.

Quartierforum Lerchenfeld

Erstes Quartierforum im Thuner Lerchenfeld zum Thema „Wohnen im Lerchenfeld“ hat am 24. November 2005 stattgefunden. Weitere Foren sind in Planung.

Fred Hodel, Beauftragter für Integration, Thunerhof, Hofstettenstrasse 14, 3602 Thun, integration@thun.ch, www.thun.ch, Rubrik: integration

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Frankreich

Die Regierung reagiert mit Massnahmen auf die Ereignisse vom vergangenen November

Am 29. November 2005 hat Premierminister Villepin der Öffentlichkeit eine Reihe von Massnahmen vorgestellt, die mithelfen sollen, die Einwanderung vermehrt unter Kontrolle zu halten. Hier die Hauptpunkte:

Familiennachzug

Die Zeitspanne, während der eine ausländische Person in Frankreich gelebt haben muss, damit sie ein Gesuch um Familiennachzug stellen kann, wird auf zwei Jahre verlängert (gegenüber der bisherigen einjährigen Frist).

Heirat

Die Zeitspanne, während der eine mit einer Französin oder einem Franzosen verheiratete ausländische Person in ehelicher Gemeinschaft gelebt haben muss, bevor sie ein Einbürgerungsgesuch stellen kann, wird um zwei Jahre verlängert (vier Jahre für ein Paar mit Wohnsitz in Frankreich, fünf Jahre, falls das Paar im Ausland lebt). Ferner wird beantragt, dass im Ausland stattfindende Heiraten zwischen einer Person mit französischer Staatsbürgerschaft und einer Person mit ausländischer Staatsbürgerschaft vor und nach dem Ereignis intensiver überprüft werden sollen.

Integration

Ausländische Personen, die in Frankreich leben möchten, müssen obligatorisch ein Abkommen betreffend Aufnahme und Integration (un Contrat d'accueil et d'intégration, CAI) unterzeichnen; dieses Abkommen definiert die Pflichten sowohl der neu zuziehenden Person (Beachtung der Gesetze und Werte der französischen Republik, Besuch von Staatskundekursen) als auch des Staates (Garantie der individuellen Rechte, garantierter Zugang zu Sprachkursen).

Diese Massnahmen wurden ungefähr zwei Wochen nach Beendigung der Unruhen, die Frankreich erschüttert haben, vorgestellt.

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publicationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Bundesamt für Statistik BFS

Soziokulturelle Unterschiede in der Schweiz:

Vier Indizes zu räumlichen Disparitäten, 1990 – 2000

Grössere sprachliche Integrationsbarrieren in der Deutschschweiz

Die Fremdsprachigkeit hat in der Schweiz zwischen 1990 und 2000 zugenommen. Dies geht aus einer gemeinsamen Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS) und des Geographischen Institutes der Universität Zürich hervor. Die grössten Schwierigkeiten hinsichtlich der sprachlichen Integration finden sich in den Städten. Die höchsten Sprachbarrieren wurden dabei in der Deutschschweiz festgestellt, obwohl dort der Ausländeranteil geringer ist als in den übrigen Sprachregionen. Die immigrierten Personen stammen in der Deutschschweiz häufiger aus Ländern ohne sprachliche Verwandtschaft. In der französischsprachigen und der italienischsprachigen Schweiz hingegen leben mehr Immigrantinnen und Immigranten aus Portugal, Spanien und Italien, welche weniger Schwierigkeiten haben, sich sprachlich zu integrieren.

Herausgeber: Bundesamt für Statistik

Autoren: Michael Hermann, Corinna Heye, Heiri Leuthold

Publikation

www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.html?publicationID=1969

Der berufsstrukturelle Wandel der Beschäftigung in der Schweiz 1970 - 2000 Ausmass, Ursachen und Folgen

In dieser Publikation werden die Volkszählungsdaten von 1970 bis 2000 im Lichte feststellbarer Entwicklungen in der Berufsstruktur der Beschäftigten vertieft analysiert. Im Zentrum stehen folgende Fragen: Welche Berufe sind in welchem Ausmass vom berufsstrukturellen Wandel betroffen? In welche Richtung gehen die Veränderungen? Anschliessend werden die Ursachen des berufsstrukturellen Wandels sowohl auf der

Angebots- als auch der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes untersucht und die Auswirkungen des beruflichen Wandels auf die berufliche Mobilität und den Lehrstellenmarkt analysiert. Bezüglich des Lehrstellenmarkts werden die Situation der Berufslehre analysiert und verschiedene Entwicklungen nach Branchen dargestellt sowie Empfehlungen aus den gewonnen Erkenntnissen abgeleitet.

Herausgeber: Bundesamt für Statistik
Autor: George Sheldon

Publikation

www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.html?publicationID=1996

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publicationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Segregationen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt

Eine Analyse der bestehenden Ungleichgewichte nach Geschlecht, Staatszugehörigkeit und Alter von 1970 bis 2000

Die vorliegende Studie analysiert die auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt feststellbaren Segregationen nach den folgenden Kategorien: Ausbildung, gelernter und ausgeübter Beruf, Erwerbszweig, Tätigkeitsfeld und berufliche Stellung. Jede dieser Kategorien wirkt sich, günstig oder ungünstig, auf die Segregationen aus. Eines der Ziele dieser Studie besteht darin, herauszufinden, ob der Arbeitsmarkt dazu tendiert, im Lauf der Zeit zunehmend mehr Segregationen zu schaffen. Die Autoren zeigen drei Hauptformen der Segregation auf: Die wichtigste ist diejenige nach dem Geschlecht, während die beiden anderen Formen (Nationalität und Alter) bedeutend weniger ins Gewicht fallen.

Herausgeber: Bundesamt für Statistik

Autoren: Joseph Deutsch, Yves Flückiger, Jacques Silber

Publikation

www.bfs.admin.ch/bfs/portal/fr/index/news/publikationen.html?publicationID=2013

Nur in französischer Sprache verfügbar.

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publicationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Working Poor: Armut trotz Erwerbstätigkeit Risikogruppen

Working Poor sind erwerbstätige Personen im Alter von 20 bis zu 59 Jahren, die in einem armen Haushalt leben. Das Risiko, ein Working Poor zu werden, variiert je nach Erwerbstätigenkategorie stark. Ausländerinnen und Ausländer aus Nicht-EU-Ländern und Personen ohne nachobligatorische Ausbildung gehören zu den am stärksten betroffenen soziodemografischen und sozioprofessionellen Gruppen. Überdurchschnittlich, aber etwas weniger ausgeprägt als in den vorgenannten Gruppen ist das Risiko auch für Erwerbstätige aus dem Süden Europas.

Herausgeber: Bundesamt für Statistik, Sozioökonomische Analysen

Publikation

www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/arbeit_und_e/uebersicht/blank/medienmitteilungen.html

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publicationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Europäische Kommission

Modell für die Beurteilung der Qualität der Integration der qualifizierten Immigrantinnen und Immigranten

Leitlinien

Das Projekt Skilled Migrants Integration Assessment Model (SMIAM) wird vom Labor für Staatsbürgerschaftswissenschaften (Laboratorio di Scienze della Cittadinanza) und mit der finanziellen Unterstützung der Generaldirektion für Justiz, Freiheit und Sicherheit der Europäischen Kommission im Rahmen des INTI-Programms durchgeführt. Dieses Programm zielt darauf ab, die Integration der Drittstaatsangehörigen in den Mitgliedländern zu fördern.

Das Projekt - gemäss seiner Definition und Ausrichtung ein Modell zur Beurteilung der Qualität der Integration der Migrantinnen und Migranten in Europa - geht von der Vorstellung aus, dass die Integration der qualifizierten Zugewanderten besondere Merkmale und Erfordernisse aufweisen kann, die sich von denjenigen unterscheiden, die für niedrig qualifizierte Zugewanderte gelten - sind doch die Erwartungen und Möglichkeiten der ersteren im Allgemeinen höher anzusetzen.

Endfassung

www.smiam.org

Nur in italienischer und englischer Sprache verfügbar.

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Kanton Basel-Stadt

Integrationsgesetz und philippinische Kultur

Maharlika - Switzerland lädt alle Interessierten zu der Vorstellung des Entwurfs des Integrationsgesetzes der beiden Basler Kantonsregierungen ein. Nach einem Referat von Thomas Kessler, Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen des Kantons Basel-Stadt, folgt eine Diskussionsrunde. Abgerundet wird der Informationsteil durch philippinische kulturelle Darbietungen und kulinarische Köstlichkeiten.

Datum/Ort

- 8. Januar 2006, 11.00 - 17.00 Uhr
- Union, Klybeckstrasse 95, 4057 Basel

Programm

www.welcome-to-basel.bs.ch/einladung_maharlika06.pdf

Inhalt	
Bund	2
Kantone	9
Gemeinden	20
Internationales	24
Forschung/ Publikationen	25
Agenda/ Verschiedenes	30

Stadt Bern

Familiennachzug – Informationsveranstaltung

Die offene Informationsveranstaltung für Personen, die ihre Familie nachziehen möchten, bietet die Möglichkeit, eigene Fragen im direkten Kontakt mit Behörden und Beratungsstellen einzubringen und mit Personen, die sich in derselben Lage befinden, Gedanken und Erfahrungen auszutauschen.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. Eine Anmeldung ist nicht nötig. Die Veranstaltung findet in deutscher Sprache statt. Gewünschte Übersetzungen werden ebenfalls kostenlos organisiert.

Datum/Ort

- 15. März 2006, 18.30 - 21.30 Uhr
- Koordinationsstelle für Integration der Stadt Bern, Effingerstrasse 21, 3001 Bern, 1. Stock, Sitzungszimmer 1



Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Migration BFM, Sektion Integration
Quellenweg 6, CH-3003 Bern-Wabern, newsletter.integration@bfm.admin.ch
in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der
kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten KID

Redaktion: Ferdinanda Cunico BFM

Übersetzungen: Sprachdienste BFM

Sprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch